

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 12. Ratssitzung vom 29. August 2018

298. 2017/201

Motion von Isabel Garcia (GLP) und Michael Schmid (FDP) vom 21.06.2017: Erarbeitung einer Vorlage für eine zukunftsfähige Organisation und ein effizientes Funktionieren der Städtzürcher Volksschulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3042/2017): Wir haben das Thema Schulorganisation im letzten Jahr sehr ausführlich in der Kommission und im Rat diskutiert. Am Ende gab es eine Volksabstimmung. Leider wurde aus der Weiterentwicklung und Anpassung an die heutige Zeit, die wir uns erhofft hätten, nur eine winzige Mini-Reform. Die meisten Doppelspurigkeiten, Überschneidungen und Unklarheiten bleiben bestehen. Die wirklich wichtigen Herausforderungen im Bereich der Schulorganisation und vom organisatorischen Funktionieren der Volksschule blieben unbearbeitet. Deshalb haben wir uns entschieden, die vorliegende Motion einzureichen. Drei Punkte sind uns wichtig. Erstens: Wir haben einen bürokratischen Dschungel. Er muss dringend entrümpelt werden. Aktuell bestehen auf städtischer Ebene über 100 Verordnungen, Reglemente und dergleichen, die die Aufgaben und Organisation der Volksschule regulieren. Die kantonalen und nationalen Regulierungen kommen noch dazu. Es gibt keinen Bereich in der Stadt, der dermassen viele Regulierungen enthält. Es ist schwierig, den Überblick zu behalten. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass Doppelspurigkeiten, komplizierte Verfahren, undurchsichtige Entscheidungswege und fast unnachvollziehbare Zuständigkeiten vorprogrammiert sind. Auch 2018 kreieren die Schulkreise ihre eigenen Formulare, wenn es zum Beispiel um Jokertage oder Dispensionsgesuche geht. Gemeinsamkeiten sind teilweise nur schwer ersichtlich. Auch von einer zeitgemässen Digitalisierung ist man noch weit entfernt. Das führt dazu, dass wir bei den Schulbehörden verwaltungstechnisch ein Paralleluniversum aufbauen und in die Zukunft weiterziehen. Unsere Lehrpersonen, die bereits unter allen Aufgaben ächzen, die sie jeden Tag erfüllen müssen, sind die Verwalter ihrer eigenen Profession geworden. Das ist falsch. Sie müssen unterrichten und betreuen. Der zweite Punkt, der uns schwer aufstösst: Die Volksschule heisst Volksschule. Es ist eine der grossen Errungenschaften des liberalen Schweizer Bildungssystems, dass das Volk in die Weiterentwicklung der Schule eingebunden ist. Die Volksschulleiter haben sich jedoch immer weiter von der Gesellschaft entfernt und nicht Schritt gehalten. Ein Beispiel aus der Praxis: Wir haben jeweils Mühe, Positionen in der Schulpflege zu besetzen. Es reisst sich niemand darum. Die Fluktuation ist hoch. Es geht Know-how verloren. Das ist keine sinnvolle Einbindung der Gesellschaft in die Volksschule. Ein weiteres Thema: Bei den jüngeren Jahrgängen in der Volksschule gibt es fast nur weibliche Lehrpersonen, bei den höheren Jahrgängen fast nur männliche. Wir befinden uns im 21. Jahrhundert. Die Kinder brauchen entsprechende Rollenvorbilder. Personen mit

Migrationshintergrund sind übrigens gar nicht erst mit in die Organisation eingebunden. Ein weiterer Punkt: Intransparenz und Ungleichbehandlung sind an der Tagesordnung. Es braucht klare Organisationsstrukturen. In den sieben Schulkreisen haben wir teilweise erhebliche Unterschiede in der Organisation, den Abläufen und der Verantwortung. Ein Beispiel wären die vorhin erwähnten Formulare für identische Sachverhalte. Dieser Zustand ist nicht nur aus Gründen der Organisationseffizienz sehr beklagenswert. Wir haben in der Verfassung einen Anspruch auf Transparenz und Gleichbehandlung. Diesen Anspruch haben auch die Schülerinnen und Schüler. Moderne Führungsstrukturen und aktuelle Corporate Governance sehen anders aus. Es braucht ein Umdenken und einen Schritt in die Zukunft, um in der Gegenwart anzukommen. Der Stadtrat ist offenbar bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Wir sind damit einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Es ist unbestritten, dass die Schulorganisation in Zürich sehr komplex und kompliziert ist und auf vielen verschiedenen Stufen funktioniert. Wir sind jedoch in diesem hochregulierten Bereich von vielen Institutionen abhängig, insbesondere auch von der kantonalen Gesetzgebung. Der Kanton ist der Treiber im Bildungswesen. Wir haben mit den städtischen Schulbehörden, insbesondere den Kreisschulbehörden, eine Institution, die vom Volk gewählt wurde und dem Schulamt angesiedelt ist. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass es so ist. Wir müssen mit der vorhandenen Struktur die bestmögliche Organisation erzielen. Es ist unbestritten, dass die Regulierung auch von den Lehrpersonen teilweise als bürokratische Regulierung wahrgenommen wird. Man muss unterscheiden, was Bürokratie ist und welches die Vorgaben sind, die man unbedingt will. Ich sehe hier auch noch nicht genau durch den Nebel. Es sind komplexe Vorgänge. Die Konturen sehen wir aber alle. Das Anliegen einer besseren oder schlankeren Organisation ist sicher gewünscht. In der Motion wird diesbezüglich vom Abbau der Regulierungsdichte und der Sicherstellung einer unabhängigen Aufsicht unter Berücksichtigung von moderner Corporate Governance gesprochen. Doch die Formulierung ist sehr allgemein gehalten. Ich gehe davon aus, dass, wenn man konkret würde, der Konsens im Rat nicht vorhanden sein würde. Der Stadtrat ist bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Motionabel im Sinn einer Umsetzungsstrategie für die nächste Zeit ist es aus unserer Sicht nicht. Insbesondere beim Thema Aufsicht ist die Entwicklungsrichtung sehr vage formuliert. Was unter unabhängiger Aufsicht gemeint ist, müsste man zuerst sehr genau formulieren. Das ist eine längere Debatte, die auch im Rat geführt werden müsste. Man würde sich auf allen Ebenen sehr rasch die Zähne ausbeissen. Ein weiterer Punkt betrifft die Regulierungsdichte. Es gibt verschiedene Player: der Kanton, die Stadt mit den Kreisschulbehörden, der Schulkreis, die Schulen selber, die weitgehend eine pädagogische Autonomie haben, und die verschiedenen Schnittstellen. Das macht alles komplex. Das Thema Vereinheitlichung ist recht kompliziert. Von daher wäre die Umsetzung der Motion in zwei Jahren kaum zu leisten. Wir wüssten die genaue Stossrichtung immer noch nicht. Vor allem bestehen gewisse Hürden, die wir gar nicht überwinden können, da diese Bereiche nicht in unserer Kompetenz liegen. Ich bitte darum, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dieses werden wir prüfen, wenn auch*

mit ungewissem Erfolgsausgang.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Vor einem Jahr haben wir im Rat anlässlich der Weisung 2016/317 ausführlich über die Reorganisation der Schulbehörden debattiert. Wir haben Führungs- und Aufsichtsstrukturen der Volksschule vereinfacht, indem wir beschlossen haben, die Schulkommission Sonderpädagogik abzuschaffen und ihre Aufgaben der zentralen Schulpflege und den Kreisschulbehörden zu übergeben. In der Volksabstimmung vom 26. November 2017 wurde die Reorganisation mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 72 % gutgeheissen. Aus unserer Sicht ist es ungünstig, jetzt erneut einen Prozess für die Reorganisation der Stadtzürcher Volksschule anzustossen. Insbesondere, weil der Regierungsrat eine Teilrevision des kantonalen Volksschulgesetzes plant mit dem Ziel, den Gemeinden bei der Organisation der Volksschule mehr Autonomie zu geben. Diese übergeordnete Reform sollten wir abwarten, bevor wir in der Stadt Veränderungen planen. Die Grünen lehnen die Motion aber hauptsächlich aus inhaltlichen Gründen ab. Die Motion fordert «einheitliche Abläufe, Zuständigkeiten und Organisation in allen städtischen Volksschulen». Offenbar sind den Motionären die sieben Schulkreise mit teilweise unterschiedlichen Abläufen ein Dorn im Auge. Am liebsten würden sie die Schulkreise zu einem einzigen Schulkreis fusionieren. Dabei sind die sieben Schulkreise mit einer gewissen Teilautonomie ausgestattet und ein guter Nährboden für Schulreformen im pädagogischen und auch organisatorischen Bereich. Es sind Reformen, die den Kindern in den betreffenden Kreisen und Quartieren gerecht werden. Wir stehen zu den sieben Schulkreisen und ihren Besonderheiten. Wir stehen auch zu den Kreisschulbehörden. Die 25 Mitglieder pro Schulkreis sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule und Bevölkerung. Die meisten Mitglieder sind nach unserer Erfahrung engagiert und leisten einen guten Job. Rekrutierungsprobleme und eine zunehmende Fluktuation, wie es in der Begründung der Motion erwähnt wurde, stellen wir nicht fest. Die Verankerung der Zürcher Volksschule in der Bevölkerung und im Quartier ist für uns wichtig. Deshalb lehnen wir die Motion auch als Postulat ab.

Stefan Urech (SVP): Die SVP hat durchaus Sympathie für das Anliegen. Die Motionäre und ich denken in diesen Fragen sehr ähnlich. Das Bildungswesen und alle Strukturen, Regulierungen, Vorgaben sind hyperkompliziert. Die Unterschiede waren gut sichtbar beim Fall des Sofakaufs. Die Präsidentenkommission gab damals vor, dass in jedem Schulzimmer ein Sofa stehen soll. Gewisse Parteien und Gremien haben sich gewehrt. Man hat klar gemerkt: Zur Frage, wer was unter welchen Bedingungen bestellen darf, haben der Vorsteher des Hochbaudepartements, der Vorsteher des Schuldepartements, die Kreisschulpflegepräsidenten, die Schulleitungen der Schulhäuser alle etwas anderes gesagt. Man hatte den Eindruck, sie sehen selber nicht mehr durch das Dickicht von unterschiedlichen Vorgaben und Regulierungen. Die FDP und GLP wollen die Situation mit Strukturen und Lösungen von Corporate Governance lösen. Eine Corporate Schule mit Stadtrat Filippo Leutenegger, Michael Schmid (FDP) und Isabel Garcia (GLP) als Verwaltungsrat wäre aus meiner Sicht gut. Die Realität wäre aber, dass dieses Szenario mit rot-grünen Entscheidungsträgern besetzt wäre. Wenn es dann heisst, dass man

einheitliche transparente Abläufe und Verantwortlichkeiten braucht, regiert von einer zentralen Stelle und nicht mehr in den einzelnen Schulkreisen, wird mir bei einer rot-grünen Konstellation etwas unwohl. Jeder Schulkreis ist etwas anders. Die SVP steht für Föderalismus, nicht für Zentralismus. Altstetten und der Zürichberg sind so unterschiedlich wie der Kanton Uri und die Stadt Zürich. Es gibt grosse Unterschiede in den verschiedenen Schulkreisen. Am Zürichberg braucht man möglicherweise nur eine Note 4, um an die kostenlosen Gymiprüfungsvorbereitungskurse zu gehen, und in einem anderen Schulkreis macht es mehr Sinn, eine Note 5 mitzubringen. Jeder Schulkreis muss das so lösen können, wie er es für richtig hält. Deshalb lehnen wir die Motion ab. Wir lehnen sie nicht voller Überzeugung ab, doch wir haben Bedenken vor einer Zentralisierung, vor allem dann, wenn sie nicht mehr in so guten Händen wäre wie jetzt.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Die SP teilt einen Teil der Diagnose, wie sie der Motion zugrunde liegt. Wir teilen aber auch einen grossen Teil der Vorbehalte, wie sie von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) dargelegt wurden. Ich bin erstaunt über die Ausführungen von Stefan Urech (SVP). Ich hätte erwartet, dass sein Votum, das sich gegen die Zentralisierung richtet, bestimmter und mit mehr Leidenschaft erfolgen würde. Für uns ist genau das der Punkt. Insbesondere nach der Diskussion zur Vorlage zur Verwaltungsbehördenreorganisation in der Schule vor einem Jahr kamen wir durchaus auch zum Schluss, dass es sinnvoll ist, einen Anstoss zu geben für einen Prozess, der es erlaubt, die Schulbehördenorganisation genau zu durchleuchten. Hier sind wir anderer Meinung als die Grünen. Wir glauben nicht, dass es der falsche Zeitpunkt wäre. Aber wir schlagen einen anderen Weg vor und sehen eine andere Ausgangslage und Zielsetzung. Auch wir verstehen die Motion sehr stark so, dass sie eine vermehrte Zentralisierung und eine starke Tendenz zu einer Vereinheitlichung vorschlägt. Dies steht im Widerspruch zur heutigen Autonomie in den Schulkreisen, zur starken demokratischen Verankerung der Volksschule. Diese ist bei allen Volksschulen eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Volksschule von allen akzeptiert wird, die sie mittragen. In diesem Widerspruch und in der Abwägung zwischen diesen Dingen gewichten wir die demokratische Verankerung wesentlich höher und haben deshalb auch selber eine Motion eingereicht. Wir möchten gemeinsam mit der AL-Fraktion einen Anstoss geben, dass wir nicht auf dem bereits eingeschlagenen Weg stecken bleiben, aber dass wir auf eine andere Art ansetzen. Die vorliegende Motion hat einen klaren Top-down-Zugang. Sie erwartet im Grunde einfach eine nächste Vorlage des Stadtrats. Wir haben gesehen, wie voraussetzungsreich und schwierig das ist. Deshalb schlagen wir mit unserer eigenen Motion vor, dass wir demokratisch im Bottom-up-Zugang an die Frage herangehen, indem wir ein altes demokratisches Verfahren reaktivieren: Das Losverfahren. So kann ein breiter Teil der Bevölkerung am Prozess teilhaben und Empfehlungen ausarbeiten, auf welchem Weg die Behörden organisiert sein sollen in einer Volksschule, die von allen getragen werden soll. Ich glaube nicht, dass wir von einer solchen Reorganisation Wundertaten erwarten dürfen. Ich bin übrigens der Meinung, dass bezüglich der Digitalisierung keine steinzeitmässigen Verhältnisse herrschen. Ich habe in diesem Bereich auch positive Erfahrungen gemacht im Austausch mit der Schule. Man verspricht sich und der Bevölkerung zu viel, wenn man sagt, aus einem solchen Prozess resultiere mehr Digitalisierung, ein Abbau der*

Bürokratie für die Lehrkräfte. Man muss realistisch bleiben. Es geht darum, eine stabil demokratisch verankerte Volksschule in das 21. Jahrhundert der Stadt Zürich führen zu können. Der hier vorgeschlagene Ansatz, der sehr stark Top-down aufgestellt ist und Zentralisierung und Vereinheitlichung ins Zentrum stellt, ist der falsche Weg. Wir legen einen alternativen Vorschlag zur Diskussion vor. Die vorliegende Motion lehnen wir ab, auch in Form eines Postulats.

Claudia Rabelbauer (EVP): *Auch die EVP wird den Vorstoss nicht unterstützen, weder als Motion noch als Postulat. Viele der Argumente wurden bereits genannt. Vereinheitlichung hört sich manchmal verlockend an. Es kommt darauf an, wie eng oder detailliert die Einheit ausgelegt wird. Monika Weber hat damals, als wir Blockzeiten eingeführt haben, einen guten Weg gewählt hat: Sie hat Eckwerte definiert. Jede Schule hat einzeln bestimmt, wie sie die Blockzeiten einführen will in ihrem Schulhaus. Die Blockzeiten wurden sehr gut akzeptiert, obwohl es im Vorfeld zahlreiche politische Diskussionen gegeben hatte. Man hatte Ängste und Zweifel. Doch weil so viele – auch individuelle – Lösungen getroffen werden konnten, wurde die Neuerung am Ende von den Eltern, den Schulteams und den Kindern sehr gut akzeptiert. Früher gab es noch die teilautonomen Schulen. Heute sind alle Schulen geleitet. Das ist super. Doch mir scheint, dass der Freiraum der Schulen reduziert wurde. Am Ende geht es auch um Vertrauen und dass wir unseren Lehrerinnen und Lehrern, unseren Hortnerinnen und Hortnern, unserem Fachpersonal vertrauen, dass sie gut genug ausgebildet sind, dass sie kreative Lösungen für ihre Probleme finden können. Die Schulkreise sind unglaublich unterschiedlich. Der Zürichberg benötigt andere Instrumente und Gefässe als die Kreise 4 und 5 oder Altstetten. Ich plädiere dafür, dass man zurück zur Teilautonomie geht, dass man den Schulen mehr Freiräume gibt, sie aber trotzdem unterstützt. Es braucht Eckwerte. Die Volksschule ist ein grosses Schiff. Doch in der Umgestaltung braucht es auch Freiräume. Ich habe zwei Jahre als Schulpfleglerin gearbeitet. Ich würde das auch weiterhin tun. Es ist eine spannende Herausforderung. Man spürt, dass die Lehrpersonen schätzen, dass es Schulpfleger gibt. Mit diesen können sich die Lehrpersonen austauschen. Sie schätzen das und schätzen auch, dass die Schulpfleger politisch etwas mittragen. Man muss die Lehrpersonen wieder etwas entlasten. Sie sind mit administrativen Aufgaben beladen. Die Lehrpersonen sollen sich auf den Unterricht und die Lernbegleitung konzentrieren können. Für viele weitere Themen, die sehr komplex sind, braucht es weitere Player. Hier kann eine Schulpflege sicher auch vor allem in der strategischen Ausrichtung Verantwortung übernehmen. Vor diesen Gründen und auch aufgrund der demokratischen Legitimation – es handelt sich um einen riesigen Budgetposten, der in den Bereich Schule und Betreuung fliesst – braucht es Rechenschaftspflicht, Aufsicht, Kontrolle, eine breit abgestützte Politik, ein Mitreden und Mitgestalten. Das darf man nicht abtrennen. Deshalb lehnen wir den Vorstoss ab.*

Markus Kunz (Grüne): *Ich möchte mich insbesondere zum Aspekt der unabhängigen Aufsicht äussern. Ich beobachte die Tendenzen schon länger und bin einer derjenigen, die wegen der Volksschule, wegen der Schulpflege in die institutionelle Politik eingetreten sind. Die Tendenz in diesem Vierteljahrhundert ist klar: Es geht stets weiter weg von der Bevölkerung, von der Bevölkerungsaufsicht, weg von der eigentlichen*

Volksschul-idee. Ich glaube nicht, dass das eine gute Tendenz ist. Stichwort Bezirksschulpflege: Es gab früher zwei Schulpflegeebenen. Als erstes sagte man, sie hätten zu viele Aufgaben. Man nahm Kompetenzen und Aufgaben weg. Irgendwann hiess es, die Behörde sei zu gross. Man halbierte sie. Danach sagte man, sie sei zu klein, man könne sie abschaffen. Bei den Kreisschulpflegern haben wir die Kompetenzenentfernung und Halbierung schon hinter uns. Wir werden sehen, wo wir hier landen. Natürlich stehen Abstimmungen dahinter, doch man legte der Bevölkerung immer nur einige Salami-Scheibchen vor. Es wäre vielleicht an der Zeit, dass jene, die diese Vorstösse einbringen, ehrlicher Weise eine Volksinitiative machen, bei der es um die Abschaffung der Volksschulpflege und in diesem Sinne vielleicht auch der Volksschule geht. Governance ist eine tolle Sache. Sie hat aber nicht in jedem Bereich des staatlichen Handelns die gleiche Bedeutung. Es gibt auch staatliches Handeln, das nicht nur der Effektivität und Effizienz schuldig ist, sondern bei dem Repräsentativität sehr wichtig ist. Die Erfinderinnen und Erfinder der Volksschule wussten sehr genau, weshalb sie das Bildungssystem so installiert haben, wie es heute immer noch mehr oder weniger funktioniert. Ich habe nichts gegen Effizienznahme oder den Abbau von Regulierungen. Das kann man immer tun. Dafür braucht es keine grossen Neuorganisationen. Doch dieser Tendenz weg von der Volksschule können wir unter keinen Umständen zustimmen.

Michael Schmid (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wir wären bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, auch vor dem Hintergrund der nun gefallenen Voten. Ich habe den Eindruck, dass viele Missverständnisse existieren in Bezug auf das eigentliche Begehren der Motion. Markus Kunz (Grüne) sagte, wir wollten die Volksschule abschaffen. Es ist genau das Gegenteil, das dem Vorstoss zugrunde liegt. Am Ende des Motionstexts fordern wir, dass die Ausgewogenheit von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen gemäss den Führungsgrundsätzen überprüft wird. Im Moment herrscht ein Wildwuchs von einem Regulierungsdschungel, der sehr wohl vom zentralen Schulamt, aber auch aus sieben Nebenzentralen aufgebaut wurde und weiter aufgebaut wird. Man muss die Freiräume, die Claudia Rabelbauer (EVP) forderte, auch auf Stufe der Schulleitungen, auf Stufe der Lehrpersonen erhalten oder wieder schaffen, wo sie unter die Räder kamen. Wir haben verschiedene auseinanderfliehende Kräfte in den Regulierungen und in der Organisation. Diese muss man wieder in den Griff bekommen. Es ist auch die Verantwortung des Gemeinderats als oberste strategische Behörde, diese Forderung der Exekutive mit auf den Weg zu geben. Die Grünen sagten, man solle auf den Kanton warten. Diese Meinung teilen wir nicht. Wenn man sich an die Debatte zur Mini-Reform zurückerinnert und wie sich in der Debatte vor etwas mehr als einem Jahr auch alle einig waren, dass das nicht das letzte Wort sein kann, ist es doch nun die Aufgabe des Gemeinderats, deutlich zu sagen: Wir wollen, dass hier weitergedacht und weitergearbeitet wird und zwar durchaus auch im Sinne der Motionsantwort des Stadtrats, der die Elemente, die es nun braucht, in einzelnen Teilen gut aufgenommen hat. Noch ein Satz zum Sprecher der SVP, der durchaus sehr konziliant in Bezug auf Inhalt und Stossrichtung votierte, bei dem aber ein Teil der Begründung für die Ablehnung etwas defendistisch ausfiel: Wir werden alle bei den nächsten Wahlen 2022 antreten. Dass die Mehrheit anders liegt als von ihm gewünscht, kann kein Grund für eine Ablehnung des Vorstosses sein.

7 / 7

Isabel Garcia (GLP): *Ich möchte noch einige Punkte unterstreichen. Zur Furcht vor der Zentralisierung: Weder im Motionstext noch in der Begründung ist die Rede von Zentralisierung oder Aufhebung von Schulkreisen oder dergleichen. Es ist unbestritten, dass es in einer grossen Organisationseinheit auch Untereinheiten geben soll. Unser grosses Anliegen ist, dass überall auf Stadtgebiet die Verfahren gleich sind, dass die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer, und alle, die in diesem grossen Apparat Volksschule tätig sind oder sich in der Ausbildung befinden, gleich behandelt werden, und dass Transparenz über die verschiedenen Verfahren besteht. Das andere Anliegen ist, dass wir es hier mit einem sehr, sehr bürokratischen und überregulierten Bereich zu tun haben. In diesem Bereich haben uns heute viele Votanten und auch der Stadtrat zugestimmt. Man hat kaum noch den Überblick, wer wofür zuständig ist und wohin die Reise gehen soll. Das ist schade, denn gerade bei der Volksschule geht es um die Zukunft unserer Kinder und Jugend. Gerade dort ist Überregulierung und Bürokratisierung per se sehr seltsam und widersinnig. Es ist ein Bereich, in dem es um Menschen geht. Hier sollte man von Paragraphen und Regulierungen wegkommen und den Menschen ins Zentrum stellen. Das geht manchmal etwas vergessen. Dennoch hatten wir nun einen interessanten Austausch von Meinungen. Ich nehme das ernst. Verschiedene Votanten sagten auch, es sei vielleicht doch der richtige Zeitpunkt, um auch in die Zukunft zu denken, auch bei der Schulorganisation. Wir werden uns dafür einsetzen.*

Das Postulat GR Nr. 2018/315 (statt Motion GR Nr. 2017/201, Umwandlung) wird mit 32 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat